

Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2012 durch Bürgermeister Rüdiger Gennies in der Ratssitzung am 13.12.2011

Folie 1 Einbringung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Wasser/Abwasser entscheidet der Rat im Rahmen seines Budgetrechtes über die Gegenwart und Zukunft unserer Gemeinde, beziehungsweise seiner Bevölkerung sowie seiner Handwerksbetriebe und Unternehmen.

Mit den Veranschlagungen im Etat versuchen wir die Daseinsvorsorge so gut es geht zu sichern und stoßen dringend notwendige Investitionen an.

Folie 2 Erkenntnisse

Realistisch betrachtet haben wir zur Aufgabenerfüllung deutlich zu wenig Mittel zur Verfügung und standen bei der Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs einmal mehr vor der Frage, wo noch Einsparmöglichkeiten bzw. Ertragsverbesserungen bestehen, um die finanzwirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit für das Haushaltsjahr 2012 und die Finanzplanung bis 2015 zu erhalten.

**Im Ergebnis bleibt die ernüchternde Erkenntnis:
Wir müssen weiter sparen und möglichst weitere Ertragsverbesserungen erzielen, um ein pflichtiges Haushaltssicherungskonzept zu verhindern und den Eigenkapitalverzehr so gering wie möglich zu halten.**

Folie 3 Allgemeine Ausgangslage

Grundsätzlich hat sich die Ausgangslage gegenüber den Jahren der jüngsten Wirtschaftskrise deutlich verbessert.

Der Aufschwung hat uns im Jahr 2011 erfreuliche Wachstumsraten beschert. Die Auftragsbücher der Unternehmen und Betriebe haben sich gut gefüllt und viele Reichshoferinnen und Reichshofer haben eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz gefunden oder wurden nach der Lehre übernommen.

Mit der Konjunkturverbesserung haben auch unsere Steuererträge eine sehr erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen.

Folie 4 Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer steuert in diesem Jahr auf einen historischen Spitzenwert von rd. 13,9 Mio. Euro -brutto- zu. Der Haushaltsansatz betrug 10,6 Mio Euro.

Diese und andere deutliche Einnahmeverbesserungen lassen eine nennenswerte Reduzierung des Fehlbedarfs 2011 von rd. 4,5 Mio. Euro auf 2,0 Mio. Euro erwarten.

Folie 5 Auswirkungen

Der veranschlagte Eigenkapitalverzehr im Jahr 2011 wird nach heutiger Einschätzung voraussichtlich von rd. 10,6 v.H. auf 4,8 v.H. reduziert.

Dieses vorläufige Ergebnis müssen wir im Jahresabschluss 2011 unbedingt halten, um ein Haushaltssicherungskonzept zu verhindern, da im Jahr 2012 wiederum ein Eigenkapitalverzehr von 7,8 % oder rd. 3.044.100 Euro ausgewiesen werden muss

Wird die 5% Grenze im Eigenkapitalverzehr zwei Jahre hintereinander gerissen, so ist ein Haushaltssicherungskonzept nach den gesetzlichen Regeln aufzustellen.

Folie 6 Grundsatzbetrachtung

Spitzensteuererträge verbunden mit einer seit Jahren erfolgreich betriebenen Strukturverbesserung und eigene erfolgreich umgesetzte Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ermöglichen es uns dennoch nicht, den Haushalt aus laufender Rechnung auszugleichen oder Rücklagen für schlechtere Zeiten anzusammeln, die mit Sicherheit auf uns zukommen werden.

Dass nur noch wenige deutsche Städte- und Gemeinden einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen vermögen, zeigt klar und deutlich:

Mit den Kommunal финанzen liegt etwas ganz grundsätzlich im Argen. Denn die Kommunen bekommen durch die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene seit Jahren immer wieder Aufgaben aufgedrückt, ohne dass deren Finanzierung sichergestellt wäre.

Die Einnahmen unterliegen starken Schwankungen und werden skrupellos in den Finanzausgleichs- und Umlagesystemen von übergeordneten Ebenen abgeschöpft.

Folie 7 Gemeindefinanzreform

Was den Städten und Gemeinden helfen würde, wäre eine grundlegende Reform. Doch hier liegt die Erwartungshaltung mittlerweile bei Null, da die auf Bundesebene gebildete Gemeindefinanzkommission nicht mehr wahrnehmbar ist. Lediglich eine Übernahme der Kosten der Grundsicherung (rd. 4,0 Mrd. Euro) wurde vom Bund in einem Stufenplan von 2012 bis 2013 verabschiedet. Ein Schritt in die richtige Richtung aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein der überbordenden Sozial- und gesellschaftlichen Kosten.

Folie 8 Sozialausgaben

Ein Bericht in der Zeitschrift „Der Neue Kämmerer“ vom 05.12.2011 mit dem Titel „Ungebremstes Wachstum“ „Die kommunalen Sozialausgaben erreichen immer neue Höchststände“ macht dies sehr deutlich.

Zitat:

„Landauf, landab treiben steigende Sozialkosten die Kommunen ins Defizit und die Kämmerer zur Verzweiflung.

Betrugen die reinen Leistungsausgaben der Kommunen im Jahr 2000 noch 26,8 Milliarden Euro, waren es 2009 schon 39,9 Milliarden Euro. Im Jahr 2011 ist mit rund 42 Milliarden Euro für die reinen Leistungsausgaben zu rechnen.

Nimmt man die Ausgaben für Einrichtungen der Jugendhilfe wie Kindertagesstätten noch dazu, belaufen sich die kommunalen Sozialkosten 2009 auf rd. 55 Mrd. Euro.“

Mit den notwendigen Verwaltungskosten kommt man unter dem Strich auf rd. 65 Mrd. Euro Belastung für die Kommunen.

„Eine wesentliche Triebfeder für die galoppierende Kostenentwicklung im Sozialbereich ist die Verantwortungsdiffusion im dreigliederigen Staatsaufbau.

Der Bund bestellt – die Kommunen bezahlen. Dieses Muster ist noch immer die Regel. Nur hin und wieder gelingt es den Kommunen im Zuge der Neufassung von Gesetzen, das Konnexitätsprinzip gegenüber ihrem Bundesland durchzusetzen“

„Ein weiterer wesentlicher Kostentreiber ist die Verfestigung von Milieus, bei denen sich soziale Probleme massieren, und die Art und Weise, wie der Staat auf diese Entwicklung reagiert:

Die Kommunen (Gemeinden/Städte und Kreise) müssen für einen hohen Prozentsatz der Langzeitarbeitslosen nicht nur die Kosten für Unterkunft und Heizung aufbringen, sondern sehen sich immer öfter auch in der Pflicht, Kindern aus HARTZ-IV-Haushalten mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen zu helfen.“ Zitat Ende

Weitere wesentliche Kostentreiber sind die vielfältigen Erziehungshilfen, die auch immer weiter in die Mittelschicht vordringen, da die früheren Familienstrukturen auseinander brechen. Diese Entwicklungen führen zu explodierenden Entwicklungen in den Jugendhilfekosten.

Weitere Stichworte sind der Ausbau von U 3-Plätzen in den Kindertageseinrichtungen oder die Unterstützungsleistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Eine noch nicht abzuschätzende Kostenlawine könnte aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf uns zukommen, die unter dem Stichwort „Inklusion“ mit der Integration von behinderten Kindern in die Regelschulen unterwegs ist und an Fahrt aufnimmt.

Folie 9 Kreisumlage

Die soeben geschilderte deutschlandweite Situation im Sozial- und Jugendwesen schlägt sich hier vor Ort real und sehr brutal in der Entwicklung der **Kreisumlage** nieder.

Im Jahr 2001 betrug die Belastung aus der Kreisumlage rd. 7,9 Mio. Euro bei einem Umlagesatz von 45,3 v.H.

Im Jahr 2011 wurden von uns 13,7 Mio. Euro bei einem Hebesatz von 73,9 v.H. an die Kreiskasse entrichtet.

Im Jahr 2012 soll der Umlagesatz nach den Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2012 um rd. 1,6 v.H.- Punkte auf 72,3 v.H.- Punkte sinken.

Diese Entwicklung ist grundsätzlich sehr zu begrüßen.

Allerdings steigt die Belastung für die Gemeinde Reichshof aufgrund höherer Umlagegrundlagen um rd. 1,0 Mio. Euro auf einen historischen Spitzenwert von rd. 14,7 Mio. Euro für die Kreisumlage.

Folie 10 Soziallasten in Oberberg

Mit diesen Einnahmen muss der Oberbergische Kreis erhebliche Sozial- und Jugendhilfelasten in den kreisangehörigen Kommunen finanzieren und den Landschaftsverband für die übergeordneten Sozial- und Gesundheitsleistungen bedienen.

Eine wesentliche Belastung im Kreishaushalt sind die ungedeckten Kosten der Unterkunft und Heizung für die sog. HARTZ-IV-Bedarfsgemeinschaften, die ein Defizit von rd. 23,1 Mio. Euro verursachen. Dahinter stehen 8.175 Bedarfsgemeinschaften mit 16.178 Hilfeempfängern im Kreisgebiet.

Weitere Sozialleistungen sind:

Zuschussbedarf aus der Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen in Einrichtungen mit 15,7 Mio. Euro.

Defizit aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung rd. 4,9 Mio. Euro.

Ab 2012 bis 2013 wird der Bund stufenweise die Gesamtkosten der Grundsicherung übernehmen und den Kreishaushalt ab 2014 vollständig entlasten. Größenordnung 8,9 Mio. Euro.

Der Zuschussbedarf des gesamten Sozial Etats beträgt rd. 51,8 Mio. Euro, oder 17,7 Prozentpunkte bei der allgemeinen Kreisumlage.

Für Reichshof eine Zahllast von rd. 3,6 Mio. Euro.

An den Landschaftsverband hat der OBK rd. 55, 2 Mio. Euro abzuführen, das entspricht einem rechnerischen Anteil der Gemeinde Reichshof von rd. 3,7 Mio. Euro.

Folie 11 Jugend- und Familienhilfe

Noch gravierender sind die Zuschussbedarfe im Jugendhilfebereich: Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

und in Tagespflege

17,4 Mio. Euro

Jugendarbeit und Familienförderung

1,4 Mio. Euro

Individuelle Hilfen für junge Menschen und Ihre Familien (Hilfen zur Erziehung)

24,1 Mio. Euro

Gesamt:

42,9 Mio. Euro

Die Jugendamtsumlage beträgt 25,25 Prozentpunkte und verursacht für Reichshof eine Zahllast von 5,13 Mio. Euro.

Folie 12 Situation der Kommunen verbessern

Die Bundesrepublik Deutschland engagiert sich als wirtschaftlich starke Exportnation europa- und weltweit und es sind sicher sehr viele schwierige Probleme zu lösen, wie z.B. die Schulden- und Eurokrise.

Nur eines sollten die Verantwortlichen bei Bund und Ländern nicht vergessen, das man die Keimzellen der Demokratie und die Orte der unmittelbaren Daseinsvorsorge - nämlich die Kommunen- nicht- endgültig ausbluten lassen sollte. Der Aderlass hat seit vielen Jahren begonnen und setzt sich aktuell fort.

Zur sofortigen Verbesserung der Gesamtsituation fordere ich eine unmittelbare Übernahme der sozialen und gesellschaftlichen Kosten durch Bund und Länder, da es sich um gesamtstaatliche Aufgaben und Problemlösungen handelt, die die örtliche Ebene nicht mehr schultern kann.

Sollten wir unverändert in dieser Art und Weise weitermachen, droht der Kollaps des Sozialstaates auf der untersten Ebene, weil die Kommunen in großer Anzahl zahlungsunfähig werden.

Erste Banken haben sich bereits bei der Gewährung von Kassenkrediten an die Kommunen zurückgezogen.

Eine bedrohliche Entwicklung, der dringend auf parlamentarischer Ebene bei Bund und Ländern entgegengesteuert werden muss.

Ich bitte Sie, **meine Damen und Herren,**

über ihre Parteistrukturen auf Landes- und Bundesebene um Unterstützung zur Erreichung einer angemessenen Finanzierung der sozialen Belastungen durch parlamentarischen Entscheidungen, denn es geht um unser Überleben und die dauerhafte Sicherstellung der Daseinsvorsorge vor Ort für unsere Bevölkerung.

Bei einer nennenswerten Übernahme dieser Kosten durch Bund und Länder wäre die Finanzkrise bei den Kommunen zu beheben.

Folie 13 Stärkungspakt NRW

Dann brauchte man keine unzureichenden Stärkungspakte, wie in NRW vom Landtag jüngst verabschiedet. Gerade einmal gestrickt für 36 von 426 Kommunen. Ich verweise auf die Presseberichterstattung der letzten Tage aus Bergneustadt, die die Dramatik der Rettung mit unsicheren Folgen für die kommunalen Strukturen deutlich macht. Ein Rettungspakt der faktisch keine dauerhafte Verbesserung der finanziellen Situation **aller** Kommunen in NRW mit sich bringt, ist der falsche Weg und daher grundsätzlich abzulehnen.

Folie 14 Szenario der Eigenfinanzierung vor Ort

Man könnte aus Sicht der staatlichen Ebenen auch eine andere These vertreten:

Die örtliche Gemeinschaft, bestehend aus der Bevölkerung und den Gewerbetreibenden sorgt solidarisch für die schwächeren hilfebedürftigen Personen und die notwendigen Jugend- und Familienhilfen und finanziert diese Lasten über die vor Ort beeinflussbaren Steuerquellen, und zwar die Realsteuern.

Diese Betrachtungsweise würde folgendes Szenario erzeugen:
Der Haushaltsausgleich 2012 würde 3,0 Mio. € Finanzmasse erfordern.

Das bedeutet Anhebung aller Realsteuerhebesätze (Grundsteuer A u. B sowie der Gewerbesteuer)	um	+ 85 v.H.-Punkte.
oder		
Anhebung der Grundsteuer B –allein-	um	+ 490 v.H.-Punkte
oder		
Anhebung der Gewerbesteuer –allein-	um	+ 100 v.H. Punkte.

Mit diesen Maßnahmen würde eine deutliche, aber sicher von uns allen nicht gewollte Mehrbelastung der örtlichen Gemeinschaft erfolgen,

aber der Haushaltsausgleich 2012 erreicht, der Eigenkapitalverzehr gestoppt, die Kassenkredite gegen Null reduziert und die haushaltswirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit gesichert.

Sämtliche Steuererhöhungen über den fiktiven Hebesätzen des GFG würden zu 100 % in der Gemeindekasse Reichshof verbleiben.

Folie 15 Reichshof auf Kurs halten

Trotz einer insgesamt unbefriedigenden Gesamtsituation wollen und müssen wir in Reichshof handeln, um unsere Gemeinde auf einem eigenverantwortlich steuerbaren Kurs zu halten.

Den Gesamterträgen im Jahr 2012 von rd. 30,9 Mio. Euro stehen Gesamtaufwendungen von 33,9 Mio. Euro gegenüber, so dass eine Deckungslücke von rd. 3,0 Mio. Euro verbleibt.

Diese Lücke muss durch eine Entnahme aus dem Eigenkapital gedeckt werden, die bei 7,8 v.H. liegt.

Um die Entnahme unter die 5 % Grenze zu drücken, wäre ein Konsolidierungspotenzial von rd. 1,9 Mio. Euro erforderlich.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die begleitende Beratungsvorlage (Drucksache-Nr. 307), die vor Ihnen auf dem Tisch liegt.

Folie 16 Konsolidierungspotenzial schrumpft

Die Verwaltung hat unter erheblichen Anstrengungen versucht, dieses Potential von 1,9 Mio. € zu ermitteln und ihnen als Konsolidierungsvorschlag zu unterbreiten.

Aufgrund der langjährigen Konsolidierungsmaßnahmen ist dieses Einsparpotential nicht mehr bzw. nur noch mit radikalen Maßnahmen, aber auch dann nur noch teilweise zu erreichen.

Das in der Vorlage ausgewiesene Verbesserungspotential wird mit 395 T€ beziffert und zur Beratung gestellt und würde uns auf einen Eigenkapitalverzehr von 6,75 % bringen.

Wir haben bewusst freiwillige Bereiche nicht in die Konsolidierungsmasse einbezogen,

- die Reichshof bekannt gemacht haben (Kurwesen, Tourismus, Kultur mit Kunstkabinett Hespert)
- deren Erhalt der Rat beschlossen hat (Lehrschwimmhallen)
- die Schülern und der Öffentlichkeit dienen (Bücherei)
- aus ehrenamtlichen Engagement entstanden sind (Bürgerbus)
- die gerade eingeführt wurden (Familienpass)

Folie 17 Gemeindefinanzierungsgesetz 2012

Neben den Belastungen aus den Umlagesystemen wird gerade der ländliche Raum durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 weiter belastet und Mittel in die städtischen Ballungsräume umgeschichtet. Die Neuausrichtung des Soziallastenansatzes bedeutet für Reichshof einen Verlust an Schlüsselzuweisungen im Jahr 2011 von 900 TE und im Jahr 2012 von 850 TE.

Einhergehend mit einer deutlichen Verbesserung der eigenen Steuerkraft sinken die Schlüsselzuweisungen von rd. 1,9 Mio. Euro im Jahr 2011 auf nur noch rd. 999 Tsd. Euro im Jahr 2012.

Damit wird ein weiteres Loch in der Gemeindekasse gerissen, dass nicht mehr zu stopfen ist.

Der erfolgreiche Konsolidierungskurs im eigenen Haushalt wird uneingeschränkt fortgesetzt, was auch von der Gemeindeprüfungsanstalt bei der jüngst erfolgten überörtlichen Prüfung anerkannt hat.

Folie 18 Reichshofer Weg fortsetzen

Meine Damen und Herren,

der in Reichshof gemeinsam eingeschlagene Weg der Strukturverbesserung und der Haushaltskonsolidierung hat sich aus meiner Sicht bewährt, denn wir haben trotz schwieriger Rahmenbedingungen unsere Haushaltswirtschaft eigenverantwortlich gestalten können, ohne die Kommunalaufsicht dauernd um Erlaubnis fragen zu müssen.

Gerade bei den angestoßenen Investitionen ist dies von immenser Bedeutung.

Ich erinnere hier an die begonnene Realisierung des Gebäudesanierungsprogramms mit der Grundschule Hunsheim in 2011, dem Hallenbad und der Turnhalle in Hunsheim im Jahr 2012, (Größenordnung rd. 4,5 Mio. €).

Den im Haushaltsplanentwurf 2012 veranschlagten Einstieg in die Gebäudesanierung am Schulzentrum Eckenhagen mit der energetischen Sanierung der Nordfassade und der Vergrößerung des Lehrerzimmers (Größenordnung 2,0 Mio. €),

Die energetische Sanierung des Rathauses in den Jahren 2010 bis 2012 mit rd. 2,1 Mio. € für Fenster-, Fassaden-, Dachsanierung und Brandschutzmaßnahmen. Damit verbunden ist auch die Optimierung der Dienstleistungen für unsere Bevölkerung durch Einrichtung eines Bürgerservicebüros an zentraler Stelle.

Die Realisierung der Kunstrasenprojekte in Brüchermühle, Eckenhagen und Wildbergerhütte erfolgt mit einem bemerkenswerten Engagement unserer Sportvereine und finanzieller Unterstützung der Gemeinde in einer Größenordnung von rd. 1,381 Mio. Euro. Große Anerkennung und großer Dank gelten allen Verantwortlichen und Mitwirkenden für die gemeinsame Realisierung dieses zukunftsweisenden Vereins- und Schulsportangebotes.

Im Freizeitbad Eckenhagen laufen die Baumaßnahmen zur Restrukturierung und Modernisierung des Bad- und Saunabereiches seit Anfang September 2011 durch die monte mare Reichshof Freizeitbad GmbH als Bauherr. Das Investitionsvolumen beträgt 5,0 Mio. € und wurde von der Gemeinde Reichshof zu 80 % verbürgt. Die Wiedereröffnung ist im Spätsommer 2012 vorgesehen.

Im Jahr 2012 wird der Neubau der Schmutzwasserkanalisation durch das Gemeindewerk Abwasserbeseitigung im Einzugsbereich der Wiehltalsperre in die konkrete Bauphase eintreten nach dem die europaweite Ausschreibung ausgewertet und die Aufträge vergeben sind. Ich hoffe auf einen termingerechten und zügigen Bauablauf mit einer verträglichen Belastung aller Beteiligten.

Die Realisierung der größten Investitionstätigkeit seit den 1970er Jahren hat natürlich ihren Preis.

Da wir leider aufgrund der eben dargestellten Belastungen im Ergebnisplan nicht in der Lage sind die Abschreibungen (netto 1,3 Mio. €) als liquide Mittel zu erwirtschaften müssen wir zur Finanzierung der Investitionen neue Kredite in Höhe von rd. 4,1 Mio. Euro aufnehmen.

Den Schulden stehen entsprechende Anlagewerte in der Bilanz aus den Investitionen in die Gebäude und Straßen gegenüber.

Die investiven Auszahlungen betragen in Summe rd. 6,8 Mio. Euro.

Die Nettoneuverschuldung beträgt nach Abzug der Tilgungsrate von 584 T€, insgesamt rd. 3,6 Mio. €.

Der Schuldenstand steigt auf rd. 13,9 Mio. € bis zum Ende des Jahres 2012.

Dieser Schuldenstand ist im Vergleich mit anderen Kommunen als niedrig einzustufen und wird durch den über Jahrzehnte (von 1985 bis 2010) erfolgten Schuldenabbau im Kernhaushalt begünstigt.

Folie 19 Erfreuliche Unterstützung

Meine Damen und Herren,

in einer Zeit, wo uns die staatlichen Ausgabenbelastungen immer mehr in die Enge treiben, ist es umso erfreulicher, dass die Gemeinde Reichshof durch ihre Bevölkerung und Gewerbetreibenden in vielfältigen Aufgaben unterstützt wird.

Ich nenne hier stellvertretend für alle Ehrenamtler, die Aktivisten des Bürgerbusvereins, die mit der Etablierung des Bürgerbusses Reichshof in diesem Jahr sehr Großes geleistet haben. Dafür gelten Ihnen unser aller Anerkennung und ein besonders herzlicher Dank, verbunden mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Betriebsverlauf im Jahr 2012.

Menschen, die sich für andere engagieren, machen unsere Welt heller und freundlicher.

Menschen, die sich nicht entmutigen lassen, sondern ihr Möglichstes tun, stehen für Aufbruch und Hoffnung.

Folie 20 Tourismus

Im Tourismus erleben wir einen neuen Geist, eine erfrischende Aufbruchstimmung und ich freue mich darauf, gemeinsam mit der interessierten und engagierten touristischen Basis in den gebildeten Arbeitskreisen ein zukunftsorientiertes Konzept für das gesamte Gemeindegebiet zu entwickeln.

Ein viel versprechender Anfang ist zum Beispiel mit der auf ehrenamtlicher Basis sehr stark unterstützten Reaktivierung des Wintersports in unserer Gemeinde gemacht. Dabei wurden interkommunale Verbindungen mit dem Stadtmarketing Bergneustadt aufgebaut.

Jetzt fehlt nur noch der Schnee, um das Konzept auf die Kufe oder in die Loipe zu bringen.

Allen Beteiligten und Sponsoren danke ich sehr herzlich für ihr hervorragendes Engagement und die finanzielle Unterstützung.

Wir sind auf dem richtigen zukunftsorientierten Weg und es ist mir ein persönliches Anliegen aktive Tourismusförderung mit der Basis für die Basis, als Hilfe zur Selbsthilfe zu betreiben.

Kommune heißt Gemeinschaft, sie funktioniert am besten, wenn sich viele Menschen daran beteiligen unsere Gemeinde Reichshof attraktiv zu machen und zu halten

Folie 21 Dank und Schlusswort

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsplan und die begleitende Ratsvorlage geben einen umfassenden Überblick über die Haushaltswirtschaft.

Der Kämmerer wird sie gleich tiefer in das Zahlenwerk einführen.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen und dem Kämmerer Gerd Dresbach mit seinem Team für die umfangreichen Arbeiten zur Fertigstellung des Haushaltsplan- und der Wirtschaftsplanentwürfe und den Kollegen der Hausdruckerei für die Drucklegung des umfangreichen Werkes.

Die Verwaltungsführung steht Ihnen für Ihre Beratungen und Fragen auch außerhalb der Ausschusssitzungen zur Verfügung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe an den Kämmerer Herrn Gerd Dresbach.

Rüdiger Gennies, Bürgermeister

Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2012

Bürgermeister Rüdiger Gennies

Sitzung des Gemeinderates am 13. Dezember 2011

1

Erkenntnisse

Im Ergebnis bleibt die nüchterne Erkenntnis:

Fortsetzung des Sparkurses zwingend erforderlich,

Ertragsverbesserungen soweit möglich erzielen

zur

**Verhinderung eines pflichtigen
Haushaltssicherungskonzeptes**

Eigenkapitalverzehr so gering wie möglich halten.

Finanzwirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit sichern.

2

Allgemeine Ausgangslage

- Verbesserung durch Konjunkturerholung
- Auftragsbücher der Betriebe haben sich gefüllt
- Situation der Ausbildungs- und Arbeitsplätze verbessert
- Arbeitslosigkeit deutlich gesunken
- Verbesserung der Steuerträge sehr erfreulich

3

Gewerbesteuer

Haushaltsansatz 2011 -brutto- 10,6 Mio. Euro

Vorl.Ergebnis -brutto- erwartet 13,9 Mio. Euro

Veranschlagung im HHjahr 2012
Gewerbesteuer -brutto- 13,5 Mio. Euro

Der Hebesatz bleibt im Jahr 2012

unverändert bei 445 v.H.

4

Auswirkungen

- Eigenkapitalverzehr wird reduziert:
- Von 10,6 v.H. auf 4,8 v.H. im Jahr 2011
- Ergebnis muss zwingend im Jahresabschluss gehalten werden. Eigenkapitalverzehr beträgt 2,0 Mio. €
- **Im Jahr 2012 Eigenkapitalverzehr 7,8 % oder 3 Mio.€**
- **Gefahr droht, wenn**
- die HSK-Grenze mit 5 % Eigenkapitalverzehr in zwei aufeinander folgenden Jahren gerissen wird.

5

Grundsatzbetrachtung

Trotz Strukturverbesserung und Haushaltskonsolidierung:
Kein Ausgleich des Haushaltes aus laufender Rechnung möglich.

Ebenso keine Ansammlung von Reserven für schlechtere Zeiten.

Probleme nicht hausgemacht !!!

**Erdrosselung durch staatliche Aufgabenübertragung
ohne ausreichende Finanzierung durch Bund u. Land**

6

Gemeindefinanzreform

Grundlegende Reform zwingend erforderlich !!

Gemeindefinanzkommission nicht mehr wahrnehmbar auf Bundesebene.

Lediglich Übernahme der Kosten der Grundsicherung in Höhe von 4,0 Mrd. beschlossen.

Stufenplan von 2012 bis 2013, ab dann Übernahme der Kosten zu 100 % durch den Bund.

Entlastung des Kreishaushaltes 8,6 Mio. € ab 2014

7

Sozialausgaben

- Zeitschrift „Der Neue Kämmerer“ vom 5.12.2011
- Bundesweite Statistik der sozialen Leistungsausgaben:
- Sozialausgaben 2000 26,8 Mrd. €
- Sozialausgaben 2009 39,9 Mrd. €
- Sozialausgaben 2011 erwartet 42,0 Mrd. €

Hinzurechnung der Kosten für Jugendhilfeleistungen,
wie z.B. Kindertagesstätten, dann 55 Mrd. €
Mit Kosten der Verwaltung, Gesamt: 65 Mrd. €

8

Kreisumlage

Entwicklung für die Gemeinde Reichshof:

Kreisumlage 2001	Umlagesatz: 45,3 v.H	7,9 Mio. €
Kreisumlage 2011	Umlagesatz: 73,9 v.H.	13,7 Mio. €
Kreisumlage 2012 Entw.	Umlagesatz: 72,3 v.H.	14,7 Mio €

Positiv:

Senkung der Kreisumlage um 1,6 v.H. Punkte wird begrüßt.

Negativ:

Für Reichshof entsteht ein Mehraufwand von 1,0 Mio. €

Durch diese Entwicklung wird das Gefährdungspotenzial für den gemeindlichen Haushalts massiv erhöht.

9

Soziallasten in Oberberg

Zuschussbedarfe im Kreishaushalt 2012 Eckdaten-Entwurf – beispielhaft:-

HARTZ-IV-Bedarfsgemeinschaften Unterkunft/Heizung	23,1 Mio. €
(8.175 Bedarfsgemeinschaften/16.178 Personen kreisweit)	
Pflegebedürftige Menschen in Einrichtungen	15,7 Mio. €
Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung	4,9 Mio. €
Zuschussbedarf des gesamten Sozialtats Kreis	51,8 Mio. €
Belastung der Gemeinde Reichshof	
über die allgemeine Kreisumlage (17,7 v.H.-Punkte)	3,7 Mio. €

10

Jugend- und Familienhilfe

Zuschussbedarfe im Jugendamtsbereich	-differenzierte Kreisumlage-	
Kinder in Tageseinrichtungen u. Tagespflege		17,4 Mio. €
Jugendarbeit und Familienförderung		1,4 Mio. €
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien		24,1 Mio. €
Gesamtsumme:		42,9 Mio. €
Differenzierte Jugendamtsumlage 2012 Entwurf		25,25 v.H.
Jugendamtsumlage	Gemeinde Reichshof	5,13 Mio. €

11

Situation der Kommunen verbessern

Realität:

**Keimzellen der Demokratie und Orte der
unmittelbaren Daseinsvorsorge bluten aus.**

Forderung:

**Unmittelbare Übernahme der sozialen und
gesellschaftlichen**

**Kosten durch Bund und Land als
gesamtstaatliche Aufgabe.**

12

Stärkungspakt NRW

Stärkungspakt vom Landtag verabschiedet:

36 Kommunen von 426 Kommunen wird geholfen ! ?

Wo bleiben die anderen ??

Bergneustadt und Marienheide in Oberberg betroffen.

Rettungspaket mit unsicheren Folgen für kommunale Strukturen.

Wirksamer Stärkungspakt für alle Städte, Gemeinden und Kreise, sowie die Landschaftsverbände ist erforderlich.

13

Szenario der Eigenfinanzierung vor Ort

Defizitausgleich durch die örtliche Gemeinschaft

durch Realsteueranhebungen um 3,0 Mio. €uro zu erreichen:

Anhebung aller Realsteuerhebesätze

Grundsteuer A u. B, Gewerbesteuer + 85 v.H.- Punkte

Grundsteuer B - allein - + 490 v.H.-Punkte

Gewerbesteuer - allein - + 100 v.H.-Punkte

Nicht gewollte Mehrbelastung würde zu 100 % in der eigenen Kasse bleiben.

14

Reichshof auf Kurs halten

Haushaltsplan – Entwurf 2012

Gesamterträge	30,9 Mio. Euro
Gesamtaufwendungen	33,9 Mio. Euro
Fehlbedarf	3,0 Mio. Euro
Eigenkapitalverzehr zum Ausgleich	7,8 v.H.
Konsolidierungserfordernis	
Zur Erreichung der 5 v.H. Grenze	1,9 Mio. Euro

Siehe begleitende Ratsvorlage Drucksache-Nr. 307

15

Konsolidierungspotential schrumpft

Konsolidierungserfordernis:

Zum Ausgleich aus laufender Rechnung	3,0 Mio. Euro
Zur Erreichung der 5 % HSK-Grenze	1,9 Mio. Euro
Vorschläge lt. Drucksache 307	395 Tsd. Euro

Langjährige Konsolidierungserfolge lassen kaum noch Spielräume erkennen.

Folgende freiwilligen Bereiche wurden nicht auf die Sparliste gesetzt:

Kurwesen, Tourismus und Kultur mit dem Kunstkabinett Hespert,

die Bäderlandschaft mit den Lehrschwimmhallen,

die Bücherei,

der Zuschuss für den Bürgerbus

der Gemeinderabatt im Familienpass

16

Gemeindefinanzierungsgesetz 2012

Kreisangehöriger Raum wird weiter belastet !!

Mittelverschiebung in die Großstädte in NRW

Soziallastenansatz:

Veränderung in der Berechnungsstaffel

Verluste für Reichshof im GFG NRW

HHJahr 2011 900 Tsd. Euro

HHjahr 2012 -Entwurf- 850 Tsd. Euro

Schlüsselzuweisungen betragen im Jahr 2012 ca. 1,0 Mio. €

Im Vorjahr waren es noch 1,9 Mio. Euro. Es fehlen 900 Tsd.

17

Reichshofer Weg fortsetzen

Konsolidierung fortsetzen,

Eigenverantwortlichkeit erhalten,

Um wichtige Maßnahmen fortsetzen zu können:

Gebäudesanierungsprogramm,

Grundschulen, Schulzentrum, Rathaus, Bäder usw.

Kunstrasenplätze,

Straßenbeleuchtungsübernahme

Energienetze der Zukunft

18

Erfreuliche Unterstützung

Vielfältiges ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung.

Wichtige finanzielle Beiträge von Spendern und Sponsoren.

Vielen Dank !!!!

Menschen, die sich für andere engagieren, machen unsere Welt heller und freundlicher.

Menschen, die sich nicht entmutigen lassen, sondern ihr Möglichstes tun, stehen für Aufbruch und Hoffnung.

19

Tourismus

Erfrischende Aufbruchstimmung,

Mit der Basis für die Basis, als Hilfe zur Selbsthilfe

Arbeitskreise Denklingen, Eckenhagen, Wildbergerhütte, Radsport und Wintersport gebildet.

Viel versprechende Arbeit wurde aufgenommen.

Wintersportkonzept steht. Schnee kann kommen

Interkommunale Zusammenarbeit mit Stadtmarketing Bergneustadt.

Riesendank an alle Aktiven und Förderer !!!

20

Dank und erfolgreiche Beratung

Ich wünsche Ihnen bei den Beratungen zum Haushalt 2012 einen konstruktiven Geist und eine glückliche Hand zum Wohle unserer Gemeinde Reichshof.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen und dem Kämmerer Gerd Dresbach mit seinem Team für die umfangreichen Arbeiten zur Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2012, der Wirtschaftspläne und der begleitenden Vorlage zur Haushaltssicherung.

Ebenso danke ich den Kollegen der Hausdruckerei für die Herstellung des Haushaltsplanes.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit